

Das wahre Gesicht der PDS

1. PDS - Die Partei des gescheiterten Sozialismusversuchs

"Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist", sagt ein deutsches Sprichwort. Deshalb gab es oft die Gretchenfrage an die politischen Parteien, mit wem sie es denn treiben, sprich, mit wem sie denn koalieren würden. Selbstredend, daß sie alle und unisono die Republikaner als Koalitionspartner ausschlossen und auch alles andere am rechten Rande. Aber auch auf der anderen Seite gab es viele Bekenntnisse zahlreicher namhafter Sozialdemokraten. Zunächst haben sie sich gesträubt, mit den Grünen zu koalieren, und leugneten es stets vor der Öffentlichkeit. Später bezogen sich dann ihre Äußerungen auf die SED/PDS, daß diese natürlich als Partner nicht in Frage kämen. Es ist eine ganze Geschichte pathetischer Beschwörungen und gebrochener Versprechen. Wenige Tage vor der Wahl 1987 in Berlin versprach Walter Momper, die Grünen kämen als Koalitionspartner nicht in Frage. Unmittelbar nach der Wahl nahm er sie mit ins Koalitionsbett. Noch am 28. Mai 2001 erklärte der Landesvorsitzende Strieder der SPD großspurig: „Neuwahlen lösen die Banken- und Finanzkrise des Landes Berlin nicht.... Gerade jetzt ist eine handlungsfähige Regierung gefragt. PDS und Grüne gelten ja nicht gerade als Haushaltssanierer.“ Dann meinte er plötzlich das Gegenteil. Bei der PDS sah er großartige Ansätze für die Haushaltssanierung. Eine Koalition mit der PDS sah er als möglich an. Jetzt ist klar: Die SPD will und wird mit der PDS koalieren, wann und wo immer es nötig oder auch nur zweckmäßig erscheint. Das Tabu ist gebrochen. Der Wille zur roten Volksfront ist da. Und da stellt sich natürlich die Frage: Was ist das für ein Umgang, wer ist die PDS heute? Gewiß wird man dabei die Vergangenheit nicht außer acht lassen dürfen. Denn das „Leistungsverzeichnis“ der SED, deren Namen man 1989 änderte, umfaßt nun einmal: Den Mauerbau, die Erfindung und Pflege der Stasi, den Mord an der Mauer, die Ruinierung Mitteldeutschlands und vieles andere mehr. Aber gerade auch der Blick auf die heutige PDS ist notwendig, weil sich die Frage stellt, ob es denn wirklich eine Wende gegeben hat oder nur ein Etikettenwechsel, der einem Schwindel gleich käme. Genau darauf kommt es in diesem Text an. Wer ist die PDS heute, mit der es die SPD treibt und treiben will? Die politische Auseinandersetzung mit der radikalen und extremen Rechten findet täglich in diesem unserem Lande statt. Die Auseinandersetzung mit

der radikalen und extremen Linken gibt es nicht. Vielleicht glauben manche, nach dem unrühmlichen Ende des real-existierenden Sozialismus bedürfe es einer solchen Auseinandersetzung nicht. Das ist falsch. Die Wahlergebnisse in den neuen Ländern und die befürchteten bei der kommenden Wahl in Berlin gebieten eine solche Auseinandersetzung. Das gilt umso mehr, als viele Wähler offenbar nicht wußten, was sie wählen. Wenn sie aber morgen wählen, sollen sie wissen, was sie tun. Nach Lage der Dinge mußte man allerdings davon ausgehen, daß in allen Ländern des real-existierenden Sozialismus nach dem Zusammenbruch eine Phase schwieriger wirtschaftlicher Umstellungen erfolgen würde. Die Freiheit mit ihren Vorzügen, z.B. nach Herzenslust reden und reisen zu können, konnte man sofort haben. Ein wirtschaftlich kaputtes Land auf Weltniveau zu bringen, kostet Zeit und Fleiß, Geld und Geduld. Alle müssen ein Tal der Tränen durchschreiten. Die Hoffnung, daß Freiheit und Demokratie unverzüglich auch Wohlstand und Reichtum, womöglich ohne eigene Leistung, bringen würde, kann und konnte sich nicht erfüllen. Auch nicht angesichts des Milliardentransfers aus den alten in die neuen Bundesländer. Es gibt gewiß einen Zusammenhang zwischen Freiheit und Wohlstand, aber nicht im Sinne eines Automatismusses. Man mußte die Befürchtung haben, daß ein Ausbleiben des unverzüglichen ökonomischen Erfolges zeitweise zu Frustrationen und zu einer DDR- oder Sozialismus-Nostalgie führen würde. Diese Folge ist derzeit in allen Ländern des ehemaligen Realsozialismus feststellbar und schlägt sich in Wahlergebnissen nieder. Davon profitiert auch die SED/PDS. Hier liegt eine Verpflichtung für die politische Bildungsarbeit aller Parteien und für die Presse. Es kann und darf nicht darum gehen, diese Nostalgie zugunsten der PDS zu fördern, sondern im Interesse eines vernünftigen Zusammenwachsens beider Teile des Landes und seiner demokratischen Stabilisierung zu erklären und zu überwinden. Die PDS genießt bei vielen Medien eine gewisse Sympathie; die linken Literaten finden nach einer zeitweisen Sprachlosigkeit wieder zu ihrer Unterstützerrolle zurück; die Nostalgiewelle in den neuen Ländern kommt der PDS ebenfalls entgegen. Kurzum: Die PDS erledigt sich nicht im Selbstlauf. Es bedarf der politischen Auseinandersetzung. Die SPD und andere werden diese Auseinandersetzung nicht führen. Die guten Beziehungen zur SED sind noch gut in Erinnerung. Außerdem will man die PDS hoffähig machen, um zwei Ziele zu erreichen: Einerseits geht es darum, die Basis der Koalitionspartner zu erweitern, um die Chancen der Machterhaltung zu vergrößern. Andererseits bedarf man nach Lage der Dinge der PDS, um möglichst in allen neuen Ländern an die Macht zu kommen. Nach einer bescheidenen Schamfrist will die SPD nun die PDS in den Kreis ihrer Koalitionspartner einbeziehen. Für Wolfgang Thierse geht es nicht darum, die PDS zu bekämpfen, sondern ihre Wähler

umzustimmen.1) Die Berliner SPD legte ein Papier vor, dessen Leitgedanke darin bestehe, die SED-Nachfolgepartei als Interessenvertretung der Ostdeutschen zu demonstrieren.2) Demgegenüber dächten Potsdams Genossen an ein Bündnis mit der PDS.3) Der damalige Bundesgeschäftsführer Verheugen meint indessen, er neige nicht dazu, das PDS-Problem auf Bundesebene hochzuziehen. Wörtlich: "Das fehlte gerade noch, nach einer Rep-Diskussion eine PDS-Diskussion."4) Die Medien werden diese Auseinandersetzung ebenso wenig führen wie der Geist, der links steht. Deshalb sind gerade die Konservativen gefordert, diese Rolle zu übernehmen. Manche in den neuen Ländern sehen die PDS als die Sachwalterin ihrer Interessen. Die PDS als „Partei der Ossi“. Manche im Westen sehen sie als Protestpartei, die man wählen kann, um den Altparteien eins auszuwischen. Der PDS mag es recht sein, durch solche Mißverständnisse zu Stimmen zu kommen. Aber in Wahrheit ist sie die Nachfolgepartei der SED, die die DDR kaputtgewirtschaftet hat und die auch jeden anderen Staat kaputtmachen würde, wenn ihr denn nur die Macht gegeben würde. Dies durch Information zu verhindern, ist nötig.

2. PDS - die Partei mit dem Künstlernamen

Von der PDS-Führung wird nicht bestritten, daß sie aus der SED hervorgegangen ist und immer noch etwa 80 % ihrer Mitglieder alte SED-Genossen sind. Wenn der Vorsitzende Bisky am 11. März 1994 auf dem 3. Parteitag meinte: "Sie machen noch ca. 90 % der PDS-Mitgliedschaft aus bzw. 6 % der ehemaligen Mitgliedschaft der SED", dann ist das ein wenig zu kurz gegriffen, zeigt aber dennoch die Kontinuität der Partei und ihrer Herkunft. Gysi nannte auf dem Parteitag im September 1990 drei Hauptgruppen bei den Mitgliedern der PDS: "Da sind zum ersten die alten, treuen GenossInnen. Zweitens nenne ich die Gruppe junger GenossInnen ... und drittens gibt es nach wie vor ehemalige hauptberufliche Funktionäre des Partei- und Staatsapparates." Nach Patrick Moreau belegen die verfügbaren Daten, daß die ehemaligen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die Angehörigen der bewaffneten Organe und die hauptamtlichen Funktionäre der SED ein Drittel der PDS-Mitgliedschaft ausmachen.⁵⁾ Es ist schwer anzunehmen, daß gerade in diesem Potential die Kräfte der Erneuerung und Demokratisierung besonders ausgeprägt seien. Da die Mitglieder im wesentlichen aus der SED kommen, kann die PDS nur auf wenige Mitglieder in den alten Bundesländern zählen. Bisky meint auf dem Parteitag 1994: "Die PDS verfügt im Westen in 80 Städten und Orten über eigene Basisorganisationen und über 1.180 Mitglieder". Das ist nicht nennenswert, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die PDS sich inzwischen intensiv um andere Gruppen bemüht, um deren Unterstützung zu gewinnen. Dabei geht es um die undogmatische Linke, die ehemalige DKP, trotzkistische und kommunistische Gruppen, aber auch Autonome verschiedener Provenienz.

Die SED wurde nicht aufgelöst, sondern nur mit einem anderen Etikett versehen, weil ihre Erfinder noch an die Rettung der Zweistaatlichkeit in Deutschland glaubten. Nach Gysi ging es darum, die DDR und den Sozialismus in der DDR zu retten. Gysi meinte, es habe die ernsthafte Gefahr bestanden, daß diese Partei untergehe: "In dieser Situation haben sich beherzte Genossen unter Vorsitz des Genossen Kroker gefunden, um aus eigenem Verantwortungsgefühl eine Rettungstat für diese Partei und dieses Land zu begehen".⁶⁾ Dies scheint auch heute noch das Hauptanliegen der PDS zu sein. Dazu die Vorsitzende G. Zimmer in einem Brief an die Genossinnen und Genossen: „Als wir uns 1989 aus der SED heraus auf den Weg zu einer neuen, demokratisch-sozialistischen Partei machten, haben wir uns bewusst nicht unserer Geschichte, unseren Traditionen und unserem Erbe, verweigert. Wir hielten an sozialistischen Idealen fest.... Wir bekennen uns zu unserem Bemühen um eine bessere DDR.“

In der Geschichte des Sozialismus hat es immer wieder Abweichungen und Abspaltungen verschiedener Gruppen und Personen von der Parteilinie gegeben. Dabei ging es auch um die Gretchenfrage des Verhältnisses zur Demokratie und zum politischen Pluralismus. Solchen Abspaltungen gingen parteiinterne Diskussionen voraus. Die Glaubwürdigkeit einer Wandlung hängt sicher auch von der Existenz und dem Inhalt solcher Diskussionen ab. Auch in der SED hat es einmal oppositionelle Kräfte gegeben. Das aber ist lange her. In der SED vor der Einheit Deutschlands gab es keine nennenswerten Reformkräfte. Nicht einmal für den Kurs Gorbatschows fand sich eine beachtliche Gruppe. Armin Pfahl-Traughber kommt zu dem Ergebnis: "Somit standen auch die wichtigsten Funktionäre der späteren PDS, Hans Modrow, Gregor Gysi, Andre Bry und Lothar Bisky, zu DDR-Zeiten nicht in einem kritischen oder gar oppositionellen Verhältnis zur SED-Politik. Vielleicht stimmten sie mit dieser nicht immer überein, aber sie waren doch in unterschiedlichen Graden Mitläufer und teilweise auch Mittäter."7)

Auch hier wird also die Kontinuität unterstrichen. Die PDS ist keine wahrhaft neue Partei. Sie hat sich vorerst nur neue Kleider und einen neuen Namen zugelegt. Sie wartet auf einen neuen Sozialismus-Versuch in Deutschland. "Die Verpackung der SED veränderte sich, ihr antidemokratischer Inhalt aber blieb."8) Auf einem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 wurde die Partei in SED-PDS umbenannt. Dann entschied der Vorstand kurze Zeit später, den Namensteil „SED“ zu streichen. Man hat damals auf eine Neugründung verzichtet, weil man

1. die Organisation der SED behalten wollte,
2. die Mitglieder der SED behalten wollte,
3. das Geld der SED behalten wollte und
4. die DDR als Staat retten wollte.

Daher nur die Namensänderung. Dazu Wolf Biermann: „Die Ostberliner SED will nun in Berlin, elf Jahre nach der Wiedervereinigung... im Kostüm einer Partei des Demokratischen Sozialismus schon wieder auf das Pferd der politischen Macht steigen. Aus meiner Sicht ist der eigentliche Skandal dabei: Die bankrotten sozialdemokratischen Apparatschiks halten den Erben der DDR-Nomenklatura dabei den Steigbügel, weil sie selber um jeden Preis Hoppe-Hoppe-Reiter spielen wollen.“

Warum legt man sich einen neuen Namen zu? Warum einen Künstlernamen? Der Name soll besser klingen, vielleicht soll er die

Herkunft verschleiern, natürlich soll er werbewirksam sein. Vielleicht will man auch eine neue Existenz vorgaukeln. Aber den alten Leuten, die am alten Sozialismus festhalten und insbesondere auch das alte Geld der SED gern genommen haben, kann man Glauben nicht schenken. Wer sich vom Geiste der SED hätte konsequent verabschieden wollen, der hätte sich auch von ihrem Gelde verabschieden müssen. Aber das stinkt ja bekanntlich nicht und kam im übrigen primär aus dem Westen.

3. Das alte Ziel: Sozialismus oder: Ruinen schaffen ohne Waffen

Was Sozialismus ist, weiß niemand so genau. Viele unterschiedliche Gruppen haben das Wort für sich in Anspruch genommen und je unterschiedliche Ziele und Praktiken vertreten. Um ihn gegen totalitäre Ideologien abzugrenzen, hat man dann vom demokratischen Sozialismus gesprochen. Damit soll er die richtige Weihe bekommen und die Partei des demokratischen Sozialismus ebenfalls. In der Selbstdarstellung geistern nun folgende Begriffe herum: Natürlich ist die PDS eine "linke" Partei. Nach Bisky ist sie eine "linke Massenpartei, die weder sozialdemokratisch noch kommunistisch ist". Nach einigen Brüchen mit der SED sei sie eine "pluralistische Oppositionspartei". Natürlich ist Sozialismus "nach wie vor ein notwendiges Ziel". Sozialismus ist, wie es im Programm heißt, "ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind."9) Und bis auf den Erhalt der Natur war das bei der SED nicht anders. In welchem Verhältnis dort Freiheit und Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Freiheit standen, hat die Praxis gezeigt. Der praktische Test dieses Sozialismus ist gescheitert, überall. Warum soll er morgen gelingen? Die PDS'ler glauben an den neuen Versuch. Deshalb muß das Scheitern des real-existierenden Sozialismus als ein Versuch gewertet werden, dem ein besserer folgen kann. Die ganze Unglaubwürdigkeit wird schon in der Bewertung des Sozialismus als Versuch deutlich. Schließlich haben wir jahrzehntelang gehört, die Partei habe immer recht. Und von der Sowjetunion lernen, heiße siegen lernen und der Kapitalismus sterbe ab. Nachdem die Grundsätze in die Binsen gingen und die DDR in den Sand gesetzt wurde, soll das alles nun ein Versuch gewesen sein, dem neue folgen können. Schließlich gab es viele Länder mit zum Teil eigenen Wegen zum Sozialismus. Auch das haben wir von Honecker gegen Gorbatschow gehört. Die Wahrheit ist: Bisher sind alle Sozialismus-Versuche gescheitert. Bei den verbliebenen in Korea, Kuba und China ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Scheitern auch so bezeichnet wird.

Auch der Versuch, Demokratie und Sozialismus in Übereinstimmung zu bringen, hat bisher keinen Erfolg gehabt. Aber daran hängt man nun. Zur Demonstration anlässlich des 75. Todestages von Rosa Luxemburg lud die PDS mit der Bebelchen Devise ein: "Sozialismus ohne Demokratie ist genau so unmöglich wie Demokratie ohne Sozialismus." Wenn es ohne Sozialismus keine Demokratie gibt, wie Bebel und die PDS meinen, dann gibt es also keine Demokratie auf der Welt. In welchem Wahn mögen Engländer, Franzosen und Finnen leben? Da sie keinen Sozialismus haben, haben sie keine Demokratie. Die alte kommunistische SED-Arroganz feiert fröhliche Urstände. Sie wollen sich nach wie vor zum Maß der Dinge machen. Nur sie und der Sozialismus können Demokratie bringen. Wenn nun aber auf der anderen Seite überall sonst in der Welt, wo der Sozialismus eine Versuchschance erhielt, für Demokratie praktisch kein Raum mehr war, dann bleibt die Bebelche Devise eben eine Utopie. Wenn man das Programm der PDS zu Rate zieht, dann ist der Sozialismus-Versuch an widrigen Umständen gescheitert. Er "war nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt". Zunächst einmal sei deutlich geworden, daß ein Sozialismus-Versuch scheitern muß, wenn er "nicht von der großen Mehrheit des Volkes erkämpft, entwickelt und getragen wird...". Da ist also das Demokratiedefizit des Versuchs. Der Sozialismus war von der Sowjetunion aufgepfropft und von den Menschen nicht angenommen. Daneben seien die hohen Reparationen verantwortlich für das Scheitern, wie auch die "Beteiligung an dem von den kapitalistischen Ländern ausgehenden Wettrüsten". Nun ist der Versuch einerseits auch in dem Land gescheitert, das von den Reparationen profitiert hat, und andererseits haben nicht die sogenannten kapitalistischen Länder mit dem Wettrüsten angefangen, sondern eben die sogenannten sozialistischen Länder. Sie haben also ihr Scheitern selber zu vertreten.

Auch scheiterte der Versuch, so meint die PDS, weil er "am Rande und außerhalb der entwickelteren kapitalistischen Industrieländer erfolgte". Er wurde bis zur Unkenntlichkeit durch den Stalinismus entstellt, meint das Programm der PDS und tut so, als sei der Stalinismus keine mehr oder weniger legitime Frucht des real-existierenden Sozialismus. Schließlich sei das Scheitern des Sozialismus-Versuchs eine "Folge seiner zunehmenden Unfähigkeit, das Eigentum an den Produktionsmitteln in einer für die Produzenten spürbaren Weise zu vergesellschaften". Also richtig übersetzt: Die Verstaatlichung ist gelungen, die Vergesellschaftung nicht. Die Produzenten, sprich die Arbeiter und Bürger, hatten nichts vom ganzen Sozialismus und der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Und das ist wohl zutreffend. Trotzdem fordern namhafte PDS-Funktionäre erneut die Verstaatlichung der Banken und wichtiger Bereiche der Wirtschaft. Alle

Sozialismusversuche verliefen nach dem Motto: Ruinen schaffen ohne Waffen. Auch der nächste Versuch würde so enden.

4. Die PDS - Die Partei mit extremistischen Strukturen

Über die Frage, ob die Republikaner im Verfassungsschutzbericht des Bundes angemessen berücksichtigt seien, ist viel diskutiert worden. Daß die PDS dort erwähnt wird, erscheint allen angemessen. Dafür gibt es auch gute Gründe. Zwar ist die kommunistische Plattform innerhalb der PDS nicht mehrheitsfähig, aber sie gehört bewußt und gewollt dazu. Von dieser Plattform sagt der Verfassungsschutzbericht: "Innerhalb der PDS, mit deren Kenntnis und ausdrücklicher Billigung, hat sich ein marxistisch-leninistisch ausgerichteter Zusammenschluß, die "kommunistische Plattform" (KPF) der PDS, gefestigt, die sich offen zur "revolutionären Idee der sozialistischen Alternative bekennt."¹⁰⁾

Der Vorsitzende Bisky meinte, er habe keine Lust, sich "von der kommunistischen Plattform in der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen".¹¹⁾ Das ist bis heute so geblieben. Teile der PDS sind verfassungsfeindlich. Und die PDS toleriert das nicht nur, sie wünscht es. Noch am 30.7.01 lehnte der Berliner Fraktionsvorsitzende Wolf eine Trennung von der kommunistischen Plattform und dem marxistischen Forum ab.

Zwar hat die PDS es abgelehnt, mit der DKP ein Bündnis einzugehen, und sich zunächst verbal abgegrenzt, aber dann kam der Versuch, entweder über die Gerechtigkeitskomitees oder die kommunistische Plattform die Mitglieder und Unterstützer für die PDS zu gewinnen. Die PDS arbeitet zunehmend auch mit linksradikalen und autonomen Gruppen zusammen. Dazu Patrick Moreau: "Parallel dazu und auf genau die gleiche klassische Art versucht die PDS, im gewerkschaftlichen Bereich Fuß zu fassen, um Streiks anzuregen oder zu provozieren. Sie wendet eine auf Spannung abzielende Strategie in den neuen Bundesländern an und akzeptiert hierbei auch die Möglichkeit eines Rückgriffs auf ungesetzliche Aktionen."¹²⁾

Der Verfassungsschutzbericht 1993 weist auf einen Beitrag in der PDS-Mitgliederzeitschrift Disput hin, in dem es beispielsweise heißt: "Die PDS hat einen guten Stand in der wissenschaftlichen Analyse der faschistischen Entwicklungen. Sie wird aber in der Konsequenz viel stärker auf außerparlamentarische Aktionen und Selbsthilfe setzen müssen. Töricht

wäre es, autonome Gruppen bei unterstützenswerten Aktivitäten allein zu lassen, z.B. wenn es um die "konkrete Verhinderung von Nazitreffen" geht." Auch im Hinblick auf die innerparteiliche Demokratie zeigt die PDS erhebliche Mängel.¹³⁾ Das Wirken in Antifa-Initiativen gehört nach Frau Zimmer zum Betätigungsfeld der PDS-Mitglieder.

In vielen Reden und Beiträgen der PDS und ihrer Politiker geistert zudem die Idee eines "neuen Gesellschaftsvertrages" herum. Alle alten Modelle haben nach Auffassung der PDS versagt. Dies gelte insbesondere auch für das Grundgesetz und die dazugehörige Gesellschaftsordnung. "Die gegenwärtig herrschende Politik ist zur Bedrohung für uns alle geworden", heißt es im Ingolstädter Manifests von Herrn Gysi.¹⁴⁾ Und weiter: "Ganz nüchtern müssen wir feststellen: Die industrielle Produktionsweise, der Konsumismus und die bisherige Gestalt des Sozialstaates sind auch in Deutschland am Ende." Nur die PDS weiß das Heil zu finden. Die Partei des gescheiterten Sozialismusversuchs will es noch einmal versuchen: "Als Sozialistinnen und Sozialisten wollen wir dazu beitragen, um jene noch unbeschränkten Wege zu finden, durch die die Menschenrechte auf Freiheit, Solidarität und demokratische Mitbestimmung, auf Arbeit, Wohnung und Gesundheit, auf Frieden und Naturerhaltung unter den radikal veränderten Bedingungen durchgesetzt werden können." Man kann das Maß an Selbstüberheblichkeit kaum verstehen, mit dem Gysi einen solchen neuen Gesellschaftsvertrag einfordert, der auf kaum etwas anderes hinausläuft als die Ergänzung oder Ersetzung der repräsentativen Demokratie durch rätestaatliche Modelle, wie sie in der Theorie des Sozialismus existiert und in der real-sozialistischen Praxis der DDR versagt haben. Von "dritter Stimme" für nichtstaatliche Organisationen, von "zweiter Kammer" für bestimmte Verbände, viel Plebiszit und runden Tischen ist da die Rede. Entsprechend äußert sich der Fraktionsvorsitzende der PDS im Thüringer Landtag, Roland Hahnemann: "Die Situation der Zeit ist die, daß herrschende Politik einfach absolut nicht mehr in der Lage ist, sagen wir mal, Progreß menschlicher Gesellschaft zu bewerkstelligen. Das ist weder die Wirtschaftspolitik, das sind nicht die Parteien, und das ist auch nicht die parlamentarische Demokratie. Sie haben im Grunde genommen abgewirtschaftet. Sie glauben aber, daß das bundesdeutsche parlamentsdemokratische System die beste aller denkbaren parlamentarischen Welten ist, und genau das ist der Denkfehler, denn das Problem besteht eigentlich darin, daß es neue Mittel braucht, um die anstehenden Probleme zu lösen."¹⁵⁾ Gemeint ist die Aufkündigung unserer Staatsordnung und die Suche nach einer neuen Republik. Die Bundesrepublik hält Frau Wagenknecht „in ihrer Substanz für nicht demokratisch.“ Und die DDR sei nicht undemokratischer als die Bundesrepublik gewesen. Weil also die Bundesrepublik nichts taugt,

will man sie liquidieren. Nach dem Scheitern aller Sozialismusversuche will man erneut den Sozialismus wagen. Eine derart radikale Änderung der Verfassung würde gewiß mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Widerspruch geraten. Am tiefendsten Pathos ist das Ingolstädter Manifest kaum noch zu überbieten. Es will als Antwort auf die Ängste unserer Zeit verstanden werden und produziert dieselben gleichzeitig. Dieser Widerspruch, die Angst und Sorgen bekämpfen zu wollen und sie gleichzeitig zu instrumentalisieren, ist der Versuch Gysis. Ein solcher erneuter Sozialismusversuch muß über kurz oder lang auch den Staat mit einer grundsoliden Verfassung aus der Fassung bringen. Es gibt also einige gute Gründe für die Feststellung: "Unter Berücksichtigung all dieser Gesichtspunkte kann man die PDS aus Sicht eines politikwissenschaftlichen Verständnisses von Extremismus sehr wohl als eine extremistische Partei bezeichnen."16)

Wenn es aber für diese Feststellung gute Gründe gibt, dann gibt es sie auch für eine Beobachtung der PDS durch die Ämter des Verfassungsschutzes. Derzeit wird die PDS in der Regel nicht offiziell beobachtet (einschließlich nachrichtendienstlicher Mittel), sondern man wirft halt ein Auge auf sie. Wer auf eine Beobachtung verzichtet, setzt sich dem Vorwurf aus, auf dem linken Auge blind zu sein. Dies jedoch ist ein ebenso stabil verankertes wie generell feststellbares Merkmal unserer Gesellschaft. Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber rechten Gruppen gibt es überall. Man stelle sich vor, die CDU versuche es mit den Republikanern, die gewiß verfassungstreuer sind als die PDS, oder man erinnere sich an den Abgrenzungszirkus zu Haiders FPÖ, die weder für Mauern noch Tote an der Mauer verantwortlich zeichnet. Wer aber grenzt sich gegenüber der PDS ab?

Zwar behauptete die Bonner SPD-Spitze, mit der PDS wolle sie es nicht treiben, aber das ist nun vorbei. Es ging nur um eine Schamfrist. Eine besondere Blüte der Unfähigkeit, die Geister zu unterscheiden, leistete sich der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau, Professor Peter Steinacker. Dies sieht im O'Ton Steinacker so aus: "Ich zähle die PDS nicht zu den Linksradiakalen. Sie behauptet nicht, in Auschwitz seien keine Juden verbrannt worden und zündet keine Häuser an. Die PDS versucht, die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger auf ihre besonderen Probleme hin anzusprechen, insofern wird sie versuchen, bei den vielen Enttäuschten Stimmen zu bekommen. Ihre Kritik an der DDR-Vergangenheit geht mir nicht weit genug, aber immerhin. Auch sind sicher alte Seilschaften darin zu finden, das muß aufgedeckt werden. Aber Linksradiakale waren doch selbst Honecker und Ulbricht nicht mit ihrem stalinistischen Ordnungsdenken."17)

Ausgemachte Verbrecher wie Honecker und Ulbricht sind also nicht einmal linksradikal. Vermutlich gehören sie für den Kirchenmenschen zur ehrenwerten Gesellschaft. Man muß Mauern bauen und die Kirchen unterdrücken und wird zum ehrenwerten Glied der Gesellschaft. Das erkläre, wer will. Hier ist nicht jemand auf einem Auge blind, sondern ganz und gar mit Blindheit geschlagen. Wenn das aber am grünen Holze geschieht, wohin treiben wir dann?

5. Das alte neue Feindbild: Kapitalismus

Der real-existierende Sozialismus in Europa hat sein Ende gefunden. Laut Programm "widersetzt" sich die PDS "der erinnerungslosen und resignativen Kapitulation vor den selbsternannten Siegern der Geschichte". Sie will sich also der alten DDR erinnern und nicht resignieren, trotz des gescheiterten Versuchs. In Wahrheit aber gibt es keine selbsternannten Sieger, sondern es gibt nur selbstgemachte und selbstverantwortliche Verlierer. Und dazu gehört die SED/PDS. Alle ihre programmatischen Aussagen und ihr praktisches politisches Gehabe spricht jedoch dafür, daß sie sich immer noch im Besitze der politischen Wahrheit glaubt. Das Ausmaß der Rechthaberei ist jedenfalls erheblich. Nach allem, was geschah, behauptet die PDS immer noch: "Die Hauptursachen für die globalen Probleme sind die kapitalistische Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise in den Herrschaftszentren der Weltwirtschaft sowie die Herrschaft des Patriarchats." Das ganze Programm der PDS ist von dem Gedanken durchzogen, daß der Kapitalismus immer noch verantwortlich ist für alle Misere dieser Welt. Auch habe gerade der Kapitalismus verhindert, daß nach dem real-existierenden Sozialismus eine "wesentliche Demokratisierung" in den betroffenen Ländern in Gang kam. In den osteuropäischen Ländern habe es Ende der 80er Jahre hoffnungsvolle Demokratiebewegungen gegeben. Apodiktisch heißt es: "Die herrschende kapitalistische Produktionsweise und die dominierenden politischen Systeme verhinderten, daß die demokratischen und sozialistischen Ideale dieser Bewegungen verwirklicht werden konnten." Schuldzuweisungen dieser Art an den Kapitalismus sind Programmaussage Nr. 1. In einer Welt der zusammenbrechenden Feindbilder hat die SED/PDS das ihre konsequent bewahrt. Die PDS läßt keinen Zweifel, daß Deutschland jenen kapitalistischen Ländern zuzuordnen ist, die diesen Makel in vielfältiger Weise ins Stammbuch geschrieben bekommen. Wenn das Programm sagt, "die kapitalistische Produktionsweise, Ausbeutung und Unterdrückung zu überwinden, ist in Europa gescheitert", dann bedeutet dies einerseits, die Deutschen sind derzeit unterdrückt und ausgebeutet wie eh und je. Die

Bankrotteure, Unterdrücker und Ausbeuter von 17 Millionen Deutschen suchen alle Schuld bei anderen. Andererseits bedeutet eine solche Aussage, daß die Lösung der weltweiten Probleme, die alle durch den Kapitalismus verursacht werden, nur gelöst werden können, wenn es ein ganz anderes Deutschland und ein ganz anderes Europa gibt, so wie es sich die PDS vorstellt. Des weiteren meint das Programm, auch die ökologische Krise, die sich immer mehr zuspitze, sei auf den "ausbeuterischen Charakter des kapitalistischen Produktions- und Konsummodells" zurückzuführen. Man übersieht vollkommen, daß gerade der real-existierende Sozialismus in der DDR und Osteuropa wie niemand sonst Raubbau an der Natur betrieben und die Umwelt zerstört und die Atomkraft viel risikoreicher benutzt als jedes sogenannte kapitalistische Land. Die Heuchelei kennt eben keine Grenzen. Wenn es denn so um den Kapitalismus bestellt ist, dann muß man ihn natürlich überwinden. Deshalb verteidigt die PDS "die Berechtigung und Rechtmäßigkeit einer über den Kapitalismus hinausgehenden Entwicklung auf deutschem Boden". Das ist also der neue Sozialismus-Versuch, den sie anstrebt. Indem man also auch Deutschland zu einem kapitalistischen Land erklärt, will man den Glauben an einen "dritten Weg" zwischen gescheitertem Sozialismus-Versuch Nr. 1 und diesem Kapitalismus entwickeln. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland in Wahrheit mit der sozialen Marktwirtschaft diesen, wenn man so will, dritten Weg längst gegangen. Die Sozialbindung der Wirtschaft, die im Laufe der Jahre immer mehr ausgebaut wurde, ist zu einem Modell für viele geworden. Sie versucht ganz zweifellos erfolgreich, die Freiheit auf der einen Seite mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen Seite zu verbinden. Daß die Fähigkeit zu sozialen Leistungen vom wirtschaftlichen Erfolg, von der Effektivität einer Wirtschaft abhängt, ist eine Binsenwahrheit. Dieser Erfolg kann sich aber nur einstellen, wenn in der Konkurrenz mit anderen Ländern die Leistungsfähigkeit nicht durch zu hohe - weil international nicht übliche - Sozialleistungen zerstört wird. Das ist die Diskussion um den Standort Deutschland. Wenn die PDS einige Segnungen der ehemaligen DDR, wie die "Beseitigung der Arbeitslosigkeit" preist, dann übersieht sie, daß hier eine Ursache für das Scheitern des Versuchs zu sehen ist. Wenn die PDS heute dem Bürger das Blaue vom Himmel verspricht im Hinblick auf "Demokratisierung", "Teilhabe" und "Wohlstand", dann programmiert sie lediglich die nächste Pleite. Man möchte meinen, sie will den ungeliebten Staat Deutschland durch Überforderung zerstören. Die Sehnsucht nach dem Pleite-System, genannt DDR, bleibt erhalten und treibt sonderbare Blüten wie diese der Frau Zimmer im Brief vom Juni 2001: „Wir lebten in einem Land, in dem jeder mit eigener Arbeit seine Existenz gewährleisten konnte – vor unserer westlichen Haustür entwickelte sich Massenarbeitslosigkeit.“

Wir lebten in einem Land, in dem weithin gleiche soziale und kulturelle Standards für die überwiegende Mehrheit gewährleistet und Frauen und Männer rechtlich sowie weitgehend als Werktätige gleich gestellt waren – und das keine himmelschreienden sozialen und geschlechtsspezifischen Unterschiede wie im Westen kannte, wenngleich auch Privilegien und Ausgrenzungstendenzen. Wir lebten in einem Land, das als ein Friedensfaktor in Europa und der Welt, das in Ost und West – ob geliebt oder ungeliebt – als wichtiger Baustein der Nachkriegsordnung galt...“

6. Die Mauerpartei für offene Grenzen und eine multikulturelle Gesellschaft

Zur kommunistischen Doktrin gehörte stets der proletarische Internationalismus, der die verschiedenste Gestalt annahm. So diente der proletarische Internationalismus zur Einführung der Brechnew-Doktrin, die den Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 rechtfertigen mußte. Im Namen dieses Internationalismus hat die SED die führende Rolle der Sowjetunion anerkannt und ihren Teil Deutschlands diesem System untergeordnet. Dazu gehörte auch die Zerstörung oder Überwindung der Nation durch einen neuen (Sowjet-)Menschen. Mit Agitation und Bevölkerungsverschiebungen wollte man das Ziel erreichen. Wie wir sehen, gelang es nicht. Aber die Idee ist nicht tot. Drei Programme hat sich die PDS bisher gegeben. Ein neues liegt im Entwurf vor. Dazu hat die Fraktion der PDS am 27. Juni 2001 ein Einwanderungskonzept beschlossen, das alte Positionen zusammenfaßt und keine neue Linie erkennen läßt. Das Grundsatzprogramm beschloß sie im Januar 1993. Programme zu den Europawahlen und zur Bundestagswahl beschloß sie im März 1994. In allen drei Programmen gibt es eindeutige Aussagen zur Ausländerpolitik, die in ihrer Gesamtheit auf eine uneingeschränkte Einwanderung aus allen Rassen und Regionen hinauslaufen. Es ist schon eine gewaltige Chuzpe, wenn die damalige Mauerpartei SED, die die Mauer baute, um die eigenen Leute an der Flucht zu hindern, heute als PDS offene Grenzen fordert, damit alle Flüchtlinge dieser Welt nach Deutschland kommen können – bis es Deutschland nicht mehr gibt. Diese totale Wende mag man von den Mauerbauern nicht erwartet haben, aber sie erklärt sich aus der abgelehnten Nation und der Absicht, Deutschland als Staat der Deutschen zu zerstören. Zunächst klingt es noch ganz positiv. Die PDS will "offene Grenzen" ganz allgemein und speziell "offene Grenzen für Menschen in Not". Hier geht es also nicht mehr nur um die Not politischer Verfolgung, sondern jedwede Not. Im Programm vom Januar 1993 heißt es unmißverständlich, die PDS wolle die Ausdehnung des Asylrechts "auf Menschen, die vor Krieg, sozialen und

ökologischen Katastrophen fliehen". Das können weltweit sehr schnell mehr sein, als es Deutsche in Deutschland gibt. Die im Jahre 1993 vorgenommene Änderung des Asylrechts sieht die PDS als Beseitigung desselben an. Auf dem dritten Parteitag sagte der Vorsitzende Bisky im März 1994: "Die PDS findet sich nicht mit der praktischen Beseitigung des Asylrechts ab." Auch im Wahlprogramm heißt es, die PDS sei gegen die Abschaffung des Asylrechts: "Wir bleiben uneingeschränkt bei unserer Ablehnung der von den etablierten Parteien durchgesetzten Beseitigung des Asylrechts." Die teilweise Beseitigung des Asylmißbrauchs wird hier also als Beseitigung des Asylrechts schlechthin verstanden. Das Motto lautet kurzerhand: „Kommt alle her, die ihr mühselig und beladen seid. Wenn schon nicht am deutschen Wesen, so könnt ihr am deutschen Gelde genesen - solange es reicht“. Selbstverständlich steht am Beginn des Kapitels über die offene und tolerante Gesellschaft des Wahlprogramms für den Bundestag: "Die BRD ist ein Einwanderungsland." Dann wird uns vorgeworfen, diese Migranten zu diskriminieren, indem wir ihnen elementare Bürgerrechte verwehren. Und just dies sei eine Bedrohung der Demokratie und fördere den Rassismus. Deshalb werden von der PDS z.B. folgende Forderungen aufgestellt:

- Offene Grenzen für Menschen in Not Der Schutz der Flüchtlinge könne sich nicht in Quoten niederschlagen. Es gelte für politische Verfolgte und andere Opfer von Menschenrechtsverletzungen wie auch für Menschen in „extremen Notsituationen“. Was aber eine solche Notsituation ist, wird nicht klar. Da man mangels Mehrheit den Asylkompromiß von 1993 nicht rückgängig machen kann, will man ihn auf verschiedene Weise aufweichen.
- Der Familiennachzug soll erweitert werden. Schon in der Vergangenheit sind über den sogenannten Familiennachzug jährlich über hunderttausend Menschen nach Deutschland gekommen. Nach Auffassung der PDS soll sich das Recht auf Nachzug nicht mehr nur auf die Kernfamilie beziehen, sondern es sei „auf alle Angehörigen auszudehnen, zu denen eine engere Bindung besteht. Gleichgeschlechtliche sind wie verschieden geschlechtliche Lebenspartnerschaften zu behandeln.“ Auf deutsch: Wenn ein Türke nach Deutschland kommt, darf die ganze Sippe nachziehen. Hoffentlich wissen das alle PDS-Sympathisanten.
- Die illegal hier lebenden Ausländer sollen legalisiert werden Damit sie der Kriminalisierung entgehen, möge man sie legalisieren. So die Forderung der PDS. Das entspricht dem Grundsatz: Um die Zahl der Verbrecher zu reduzieren, werden die Straftatbestände aufgehoben.

- Einwanderung soll Jedermannsrecht werden. Im Einwanderungskonzept heißt es wörtlich: „Wir wollen klare und transparente Rechtsansprüche auf Einwanderung schaffen und nicht zwischen ‚nützlichen‘ und ‚unnützen‘ Einwandernden unterscheiden. Leitbild unserer einwanderungspolitischen Konzeption ist das Recht der Einzelnen auf Zugang in die Bundesrepublik Deutschland, mit dem Ziel, hier auf Dauer oder befristet einzuwandern.“ Einen solchen Text muß man nicht ausgiebig kommentieren. Er spricht für sich selbst und meint, daß wir die Politik der Zuzugskontrolle und – beschränkung aufzugeben haben. Am Ende werden wir dann kein „neues Deutschland“ mehr haben, sondern ein Land namens Multikultistan. So will es die PDS. Ein Schuft, wer Schlechtes dabei denkt.

- Das Asylrecht soll erweitert werden. Gemeinhin wird ein Asylrecht bei staatlicher Verfolgung anerkannt. Die PDS will dies generell auf Verfolgung auch durch nichtstaatliche Stellen ausweiten. Die Zahlen würden dadurch immens steigen und die Prüfung der Verfolgungssachverhalte durch deutsche Behörden faktisch unmöglich, so daß eine Ablehnung immer schwerer würde. Da die PDS auch die Abschiebehaft ablehnt, würden Abschiebungen kaum noch möglich sein.

- Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sollen ein Bleiberecht erhalten. Dieses hätte in der Praxis bedeutet, daß die etwa 400.000 Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ein Bleiberecht in Deutschland bekommen hätten. Die 40.000 davon, die in Berlin waren, kosteten uns jährlich 600 Millionen DM. Wenn sich in der Welt herumspricht, daß Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland bleiben können, dann werden bei künftigen Konflikten auch aus diesem Grunde massenweise Einwanderungen erfolgen. Insofern ist die Position der PDS für Deutschland mehr oder weniger tödlich.

- Ferner fordert die PDS, daß diejenigen Ausländer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben sollen "einschließlich der doppelten Staatsbürgerschaft". Der völkische Charakter unseres Staatsangehörigkeitsrechtes müsse endlich beseitigt werden. Dieses sogenannte "völkische" Staatsangehörigkeitsrecht ist international nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die geforderte doppelte Staatsangehörigkeit ist international nicht die Regel, vielmehr gibt es Vereinbarungen, in denen sich die Partner verpflichten, eine Staatsangehörigkeit zum Regelfall zu machen. Diejenigen, die die doppelte Staatsangehörigkeit haben wollen, wollen nach der Rosinentheorie von beidem nur das Beste haben. Der Türke will hier wählen und hier bleiben

dürfen, wenn er es will. Er möchte den Schutz des deutschen Staates genießen und ansonsten Türke bleiben, weil er darauf stolz ist. Er will die türkische Staatsangehörigkeit fürs Herz und die deutsche für die politische Einflußnahme und für den Geldbeutel. So sollten die Deutschen ihre Staatsangehörigkeit nicht verscherbeln. Die Annahme, durch eine doppelte Staatsangehörigkeit würde die Integration von Ausländern erleichtert, ist indessen irrig. Vielmehr ist zu erwarten, daß sich dann eigene Parteien von Ausländern bilden. Denn sie verfügen ja dann über das Wahlrecht. Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß eine doppelte Staatsbürgerschaft Loyalitätskonflikte programmieren würde. Niemand kann zwei Herren dienen. Wer neben dem deutschen noch einen anderen Paß hat, womöglich eine spätere Rückwanderung anstrebt, dessen politische Loyalitäten dürften kaum allein bei Deutschland liegen. Von Bedeutung ist hier besonders das Verhalten von etwa 2 Millionen Türken in Deutschland. Teile der türkischen Regierung, sowie Nationalisten unter den türkischen Politikern, würden die Türken in Deutschland gerne als homogene, nicht integrierte Volksgruppe erhalten sehen. Für sie wird das Wahlrecht (mittels doppelter Staatsbürgerschaft) gefordert, damit sie als eine Türken-Lobby die deutsche Politik beeinflussen können. Ob das den Interessen Deutschlands dient, ist eine andere Frage. Neben der Türkei ist es gegenwärtig Rußland, das gegenüber einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion für die doppelte Staatsangehörigkeit eintritt. Führende Politiker Rußlands haben vor der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran gelassen, was sie mit dieser doppelten Staatsangehörigkeit bezwecken. Sie wollen damit eine Fortsetzung der Russifizierungspolitik erleichtern, die nach dem Zerfall des Sozialismus zunächst einmal gebremst wurde. Wenn die PDS solche Forderungen zur Ausländerpolitik unterstützt, will sie damit die Liquidation des deutschen Staatsvolkes fördern.

7. Das „deutsche“ Volk und das Deutschlandlied sollen verschwinden

Im Januar 1994 hat die PDS den Entwurf einer neuen Verfassung¹⁸⁾ vorgelegt, der ihre Vorstellungen noch einmal unterstreicht. Zwar hat der Staat, der sich diese Verfassung geben soll, noch den Namen Bundesrepublik Deutschland. Aber das "deutsche" Volk gibt es für die PDS nicht mehr. Träger der Staatsgewalt ist einfach "das Volk", das aus den Bürgerinnen und Bürgern des Landes bestehen soll. Dies hinwiederum sind diejenigen, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, die Ausländer, die seit fünf Jahren im Lande sind, und die Staatenlosen. Natürlich sind es auch alle diejenigen, die in Deutschland geboren wurden, wenn Vater oder Mutter Bürgerin oder Bürger ist. In der Begründung heißt es: Es gelte, "entschiedene Konsequenzen aus dem Umstand zu ziehen,

daß Deutschland ein Einwanderungsland mit einer zunehmend multikulturellen Gesellschaft ist." Dazu werden die Bürgerrechte von der Staatsbürgerschaft abgekoppelt. Deshalb ist nicht mehr von Deutschen in diesem Verfassungsentwurf die Rede, sondern von "Bürgern" und "Menschen". Die Gesamtheit der Bürger bildet das Volk. Unser altes Staatsangehörigkeitsrecht wird abgeschafft, weil es "einer demokratischen und modernen Einwanderungsgesellschaft nicht angemessen" sei. Das deutsche Volk wird durch Internationalisierung, totale Öffnung und aller besonderen Rechte beraubt, abgeschafft. Es ist nur konsequent, wenn dann auch die Nationalhymne durch die "Ode an die Freude" und das Wappen unseres Staates durch "Schwerter und Pflugscharen" ersetzt werden soll. Auch der Asylbegriff wird erweitert. Der Artikel 22 des PDS-Entwurfs hat folgenden Wortlaut:

"(1) Politisch, weltanschaulich, rassistisch, religiös, wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder wegen einer Behinderung Verfolgte haben das Recht auf Asyl.

(2) Der Staat hat die Einwanderung von Kriegsflüchtlingen und in Not geratenen Menschen zu gewährleisten. Näheres regelt ein Bundesgesetz, das keine Quotenregelung enthalten darf."

Nachdem die SED das "Neue Deutschland" in den Sand gesetzt hat, ist sie bescheidener geworden. Programmgemäß will sie nun "ein anderes Deutschland". Dies soll sich u.a. darin zeigen, daß es eine "antirassistische Erneuerung der BRD" geben müsse. Demnach handelt es sich beim gegenwärtigen Deutschland um einen rassistischen Staat. Offenbar kann man diesen Rassismus nur dadurch beseitigen, daß Deutschland ein multikultureller Staat wird. Alldieweil heißt es im Europaprogramm der PDS: "Ein multikulturelles Europa empfinden wir als Bereicherung." Alldieweil tritt man auch für die "Anerkennung der Sinti und Roma als Volk ein, das in Europa Aufenthalts- und Bürgerrecht erhält". Damit dürfen sich Zigeuner in jedem europäischen Land niederlassen und genießen alle Rechte und Vorzüge. Es ist schon oft darüber diskutiert worden, von welchen Motiven diejenigen getragen sind, die sich besonders ausländerfreundlich geben. Bei einigen wird man den Verdacht nicht los, daß die betonte Ausländerfreundlichkeit nur die Kehrseite einer Medaille ist, die sich Deutscheindlichkeit nennt. Eine solche Abneigung gegen alles, was deutsch ist, kann man auch dem PDS-Programm entnehmen. Insofern muß man hinter der Bereitschaft, unser Land total für Ausländer zu öffnen, den Versuch erkennen, auf diese Weise Deutschland abzuschaffen. Insofern entpuppt sich der "konsequente Internationalismus" des PDS-Programms als Konzept zur Abschaffung der Nation.

8. Die Volksfront lebt

Seit langem wissen alle Sozialisten und Kommunisten, daß sie allein beim Wähler keine Chance haben, mehrheitsfähig zu werden. Deshalb gibt es auch keinen kommunistischen Staat, der sich auf freie Wahlen berufen kann. Auch die PDS schätzt ihre Chancen so ein. Deshalb versucht sie das, was immer versucht worden ist, um die Basis zu verbreitern: Die Volksfront oder die Einheit der Arbeiterklasse. Sie braucht Bündnispartner im Sinne trojanischer Esel.

Sie versteht sich von daher zunächst einmal als Partei, die einen "außerparlamentarischen" Schwerpunkt hat. Im Programm vom Januar 1993 heißt es: "Die PDS setzt sich dafür ein, daß die Bewegungen Betroffener zu wirksamen Gegenmächten gegen Kapital, Markt und Staat werden". Es habe sich gelohnt, "den ungeheuren Schwierigkeiten zum Trotz außerparlamentarische Initiativen, Verbände und Organisationen" aufzubauen, meint Bisky in seiner Parteitage Rede im März 1994. Hier seien Grundsteine des "außerparlamentarischen Widerstandes" gelegt worden. "Daran waren und sind Mitglieder der PDS in vielfältiger Weise und auf unterschiedlichen Gebieten beteiligt." Na also. Auch der Genosse "ehrenhalber" Modrow äußerte sich auf dem Parteitag im März zu diesem Thema. Für besonders wichtig halte er "die Bildung von Wählerinitiativen, aus denen durchaus Basisorganisationen der PDS erwachsen können". Wenn man seinen Standort auch zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus sieht, so sind doch Mitglieder aus den kommunistischen und trotzkistischen Organisationen genau so willkommen, wie eine Zusammenarbeit mit solchen Organisationen erwünscht ist. Auch die Idee der offenen Liste entspringt der gleichen Überlegung. Um ein Stück Attraktivität zu gewinnen, die man selbst nicht hat, werden gutgläubige, gutmütige und nützliche Idioten instrumentalisiert. Der renommierte Dichter, der evangelische Pastor, der Gewerkschaftsfunktionär und der adelige Enkel Bismarcks - sie sollen der PDS geben, was ihr mangelt: Renommee. Es ist also ein altes Rezept. Dazu Armin Pfahl-Traughber: "Diese Instrumentalisierung von Personenbündnissen kennt man auch aus der alten Bundesrepublik, wo Mitte der 80er Jahre die DKP mit der "Friedensliste" eine ähnliche Bündnisstrategie vertrat."²⁰ Um Renommee geht es auch, wenn Gysi versucht, Gesprächspartner zu finden, die ihn und die Partei aufwerten. Edzard Reuter und ein Heer von renommierten Journalisten haben sich längst instrumentalisiert lassen. Vermutlich haben sie alle weder die Programme der PDS gelesen noch ihre zweifelhaften Aktionen zur Kenntnis genommen. "Mit glänzenden Namen wieder in den Bundestag",

so beschrieb auch eine bekannte Berliner Zeitung die Strategie der PDS für das Superwahljahr 1994.²¹) Unter dem Beifall des damaligen Parteitages sagte der Vorsitzende Modrow: "Es ist gerade gut und überzeugend, daß sich so unterschiedliche Persönlichkeiten auf unserer offenen Liste zusammenfinden. Und zu ihnen sollten auch Persönlichkeiten gehören, die sich als Kommunisten verstehen." Der Standort der Partei ist nicht zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern umfaßt Sozialisten und Kommunisten.

Auch im Statut der Partei findet sich der Grundgedanke der Volksfrontpolitik wieder. Das angestrebte Ziel des demokratischen Sozialismus will man nicht nur durch parlamentarische Aktionen erreichen, sondern auch "mittels außerparlamentarischer Bewegung". Deshalb sind wohl auch zwei Möglichkeiten durch das Statut angeboten, die es bei anderen Parteien so nicht gibt. Einmal die "Mitwirkung von SympathisantInnen" und andererseits die Möglichkeit von "Zusammenschlüssen" mit anderen Organisationen. In einem Beitrag über die Strategie der PDS im Wahljahr 1994 meint Patrick Moreau zur Frage der Bündnispolitik der PDS: "Die Gysi-Bisky-Brie-Führung der PDS träumt davon, die Rolle einer ideologischen Muse und eines organisatorischen Motors in der Rettungsaktion der Menschheit vor den Übeln des Kapitalismus zu spielen; hierbei bedient sie sich der "Gerechtigkeitskomitees" und der "Antifaschismuskampagnen". Man entdeckt und setzt wieder auf die klassische kommunistische Unterwanderungsstrategie, die es darauf anlegt, die Bürgerinitiativen und die Neuen Sozialen Bewegungen zu manipulieren. Parallel dazu und auf genau die gleiche klassische Art versucht die PDS, im gewerkschaftlichen Bereich Fuß zu fassen, um Streiks anzuregen oder zu provozieren. Sie wendet eine auf Spannung abzielende Strategie in den neuen Bundesländern an und akzeptiert hierbei auch die Möglichkeit eines Rückgriffs auf ungesetzliche Aktionen."²²)

9. PDS - Die Partei der Spaltung

Wenn die PDS als Spalter-Partei bezeichnet wird, dann gilt dies in einem doppelten Sinne. Sie entstand als Partei zur Rettung der DDR. Jetzt will sie zumindest den Konflikt zwischen Ost und West lebendig erhalten. Und sie will auf der anderen Seite im ganzen Lande die sozialen Spannungen artikulieren und beleben. Sie will den sozialen Konsens stören und ein Klassendenken befördern.

Es hört sich zunächst einmal gut an, wenn die PDS sich in besonderer Weise als Partei der Bürger der ehemaligen DDR versteht. "Die PDS vertritt aktiv ostdeutsche Interessen, heißt es bei Bisky. In gleicher Rede bezeichnet er den Standort und die Selbsteinschätzung der PDS auch mit der Bemerkung "wir als Ossi". Für die Probleme des Ostens habe die PDS besondere Kompetenz, und diese ostdeutsche Kompetenz brauche wieder eine Chance. Natürlich findet sich hier ein Potential von Stimmen, die sich aus der noch nicht vollendeten Einheit ergeben. Auch nach dem zweiten Weltkrieg hatte sich eine Partei in besonderer Weise als Interessenvertretung der Heimatvertriebenen gebildet, der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten). Mit der Integration der Flüchtlinge verlor die Partei ihren Rückhalt und ihre Existenzberechtigung und verschwand aus der politischen Arena. Dies sollte denn auch der PDS widerfahren.

Die Art und Weise, wie die PDS das Thema der ungelösten Einheitsprobleme angeht, vermittelt eben den Eindruck einer Spalter-Partei. Dazu gehört nicht zuletzt auch die Gründung der sogenannten Gerechtigkeitskomitees, die einerseits als Organisation ostdeutscher Interessen und andererseits im Westen als Sammelbecken für versprengte Kommunisten und Autonome gedacht ist.

Sicher weiß die PDS, daß sie allein mit einer Vertretung von Ostinteressen keine Zukunft hat. Deshalb muß sie auch einen gesamtdeutschen Ansatz suchen. Die sozialistische Programmatik reicht kaum aus, viele Wähler zu gewinnen. Also widmet sich die PDS all denen, die "die Schnauze voll haben", wie der Vorsitzende von Brandenburg, Nicht, meint. Zurückhaltender beschreibt Bisky den Standort, wonach man gerade für die "Sozialschwachen" eine starke Opposition sein wolle. Das Ziel ist die Destabilisierung der politischen Lage, die Auflösung eines sozialen Konsenses, die fürsorgliche Pflege gesellschaftlicher Konflikte, kurz: die Destruktion.²³⁾ Der andere Weg aus dem Getto ostdeutscher Interessenvertretung auszubrechen, ist natürlich der Weg über Koalitionen mit der SPD, den man mit Eifer sucht.

10. PDS-Umfall in Sachen Hauptstadt Berlin

Nach der ersten Abstimmung im Bundestag über die Hauptstadt ging das Gerücht im Lande herum, Dank der PDS sei die Entscheidung für Berlin ausgegangen. Es hätte allerdings auch ohne die PDS für Berlin gereicht,

aber es wäre noch knapper gewesen. Tatsächlich hat die PDS damals für Berlin gestimmt. Die politische Glaubwürdigkeit verlange eben dies. Aber sie hat sich längst gewendet und inzwischen eine einigermaßen berlinfeindliche Haltung eingenommen und im Januar 1994 auch gegen das Berlin-Bonn-Gesetz gestimmt. Zwar hat man Berlin nicht eindeutig abgelehnt, aber die gegen das Gesetz vorgetragene Argumente und der Versuch, die Entscheidung erneut in einer Volksabstimmung vornehmen zu lassen, spricht eindeutig für den Meinungswandel der PDS. Man macht sich das Kostenargument der Bonn-Befürworter zueigen ("Gesetz der Verschwendung"), fürchtet, daß die kommunale Selbstverwaltung in Berlin durch die Hauptstadt beeinträchtigt werde (wer lacht da nicht?) und meint, inzwischen hätten viele Berliner Angst vor der Hauptstadt bekommen, "daß sie verdrängt werden". Gerade im Zentrum werde es einen "Verdrängungsmechanismus" geben. Wenn damit die Angst Kreuzberger Hausbesetzer gemeint ist, mag das nicht ganz falsch sein. Die PDS ist in jedem Fall von einer eindeutig positiven Haltung zur Hauptstadt Berlin zu einer skeptisch ablehnenden Haltung übergegangen.

11. PDS - die Partei der Hausbesetzer

Bei dem Versuch, politische Punkte zu sammeln, schreckt die PDS offenbar vor nichts zurück. Die Anbietung an Randgruppen und tatsächlich oder vermeintlich Diskriminierte, nimmt einen breiten Raum in den Programmen ein. Mal sind es die Zigeuner, mal die Länder der dritten Welt, mal die Frauen, mal die Kinder, mal die Behinderten, denen man ein besonderes Interesse entgegenzubringen scheint. Der alles entlarvende Gipfel ist ein Programmentscheid, den man nicht kommentieren, sondern nur lesen muß: "Hausbesetzerinnen und -besetzer sollen bei der Instandsetzung von Häusern unterstützt, keinesfalls aber vertrieben werden."²⁴) Eine solche Passage sagt mehr über den Standort der PDS aus als das ganze pathetische Gehabe über Sozialismus, Kommunismus und Kapitalismus. Hier offenbart sich eine Partei im Sinne der Ablehnung des Rechtsstaates.

12. PDS - Gefahr für den Standort Deutschland

"Es hat den Anschein, als wenn die neokonservative Politik nicht nur auf immer weniger Widerstand stößt, sondern auch die öffentliche Diskussion soweit beherrscht, daß sich sogar ehemals oppositionelle Kräfte ihrer Argumentation anschließen. Der Ruf nach Sicherung des

Wirtschaftsstandortes Deutschland, der Senkung der Lohnnebenkosten und der Beschränkung der Sozialausgaben tönt im zunehmenden Maße nicht nur aus den Reihen der SPD, sondern auch der Bündnisgrünen und sogar der Gewerkschaften." Dies sind die Einleitungssätze der PDS-Dokumentation "Standortpsychose und Deregulierungswahn". In dieser Dokumentation versucht die PDS nachzuweisen, daß Lohnzurückhaltung und ein maßvoller Sozialstaat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gefährden. Nach PDS-Lesart ist es "unzutreffend", daß deutsche Produkte im wachsenden Maße von Angeboten aus Billiglohnländern verdrängt werden. Vielmehr resultieren für die PDS die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft vorwiegend aus der "Begrenztheit des deutschen Binnenmarktes".

Im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich verfolgt die PDS überwiegend planwirtschaftliche und marktregulierende Ziele. In ihren Programmen und parlamentarischen Initiativen gibt es eindeutige Aussagen zur Wirtschaftspolitik, die in ihrer Gesamtheit den Schluß zulassen, daß die PDS auch zukünftig auf eine staatlich kontrollierte Wirtschaft setzt. Natürlich will sie, wie alle Sozialisten, für alle den Arbeitsplatz und die Wohnung garantieren. Die Vollbeschäftigung selbstverständlich auch. Ein Mietstopp wird ebenfalls versprochen. Die 35-Stunden-Woche reicht ihr nicht, sie will auf 30 Stunden runter. Daneben soll die ökologische Erneuerung des ganzen Landes erfolgen und vieles mehr. Dazu will man das Eigentum und die Gewinne stärker belasten und dafür sorgen, daß "zugleich die Kapitalflucht eingedämmt wird". Die "Überführung von ehemals volkseigenen Betrieben in Unternehmen mit Beteiligungen der öffentlichen Hand" wird gefordert. Der Staat als Wirtschaftslenker und Unternehmer.

Zusätzliche Kosten werden natürlich durch Steuererhöhungen und Sonderabgaben gedeckt. Arbeitsmarktabgabe, Investitionshilfeabgabe, Ergänzungsabgabe heißt das Zauberwort. Würde man alle wirtschaftspolitischen Forderungen der PDS in die Tat umsetzen, wäre die Folge ein noch weit über dem jetzigen Niveau liegendes Haushaltsdefizit und eine durch Steuern und Sonderabgaben wettbewerbsunfähig gemachte Wirtschaft.

Offenbar hat die PDS, die als SED für den gescheiterten "Sozialismus-Versuch" verantwortlich ist, nun den Stein der Weisen gefunden, um einen neuen Sozialismus-Versuch zu unternehmen. Als hätte die Wirklichkeit den Sozialismus nicht schon oft genug und gründlich genug widerlegt. Offenbar will man ihn ein weiteres Mal an Menschen experimentieren. Da aber eben diese Menschen keine Engel sind, würde auch der nächste Versuch mißlingen. Nur wenn die Menschen Engel wären, hätte selbst der Sozialismus eine Chance.

Ist es nun eine Chuzpe oder der blanke Zynismus oder eine tiefe Ironie der Geschichte oder alles zusammen: In der Nationalhymne der DDR hieß es: „Auferstanden aus Ruinen“. Das Produkt der SED war der Ruin des Landes. Und die, die das Land ruiniert haben, wollen nun von den Schwierigkeiten bei der Beseitigung dieser Ruinen profitieren. Das wäre natürlich optimal, wenn die Bankrotteure aus ihrem Bankrott profitieren. Die Frage wäre dann, wie man Wähler dieser Bankrotteure zu bezeichnen hätte. Ein Sprichwort lautet in Deutschland: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber.

13. Plädoyer für alternative Erziehung

Tatsächlich geht die PDS offenbar immer noch von einem Menschenbild aus, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Man muß den Satz gelesen haben: "Kinder und Jugendliche sind am stärksten von den Krisen unserer Welt betroffen. Ihre Bevormundung, Manipulation und Ausgrenzung sind Ausdruck einer kinder- und jugendfeindlichen Gesellschaft." Folglich ist der beste Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Kriminalität, Gewalt und Drogen, "ihnen sinnvolle Entwicklungsbedingungen zu schaffen und verantwortungsvolle Selbstverwirklichung zu ermöglichen." Die Selbstverwirklichung, umfassende Mitbestimmungs- und Teilhaberrechte für Heranwachsende, das ist das Geheimnis des Erfolges. Das ist ein Neuaufguß alternativer Erziehung, sprich: Der Verzicht auf Erziehung, weil der Mensch eigentlich gut ist. Das kann nicht gut gehen.

14. Bekenntnis zum wehrlosen Staat

Da der Mensch ja gut ist, wenn nur der "für die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur" verantwortliche kapitalistische Charakter der Gesellschaft nicht wäre, strebt man natürlich die Abschaffung der Wehrpflicht als ersten Schritt zur Abschaffung der Armee überhaupt an. Die Auflösung der NATO und der WEU ist selbstverständlich erwünscht, wie das Verbot aller Waffenexporte gefordert. Auch ganz allgemein nimmt die PDS im Hinblick auf die künftigen Aufgaben der Bundeswehr die restriktivste Position ein. Ehe es zur völligen Entmilitarisierung komme, soll jeglicher Auslandseinsatz der Bundeswehr durch Änderung des Grundgesetzes ausgeschlossen werden. Dies soll auch für Einsätze im Rahmen der UN-Friedensmissionen gelten. Im Gesetzentwurf der PDS vom 21. 7. 1992 wird zwar die Auffassung vertreten (25), Blauhelmeinsätze und friedenserhaltende Einsätze könnten

notwendig werden, aber eine Beteiligung der Bundeswehr müsse ausgeschlossen bleiben. Eine deutsche Beteiligung bei UN und KSZE soll sich auf die Zahlmeisterrolle beschränken. Das Schießen will man offenbar anderen überlassen. Vielleicht geht es der PDS auch darum, Deutschland wehrlos zu machen, damit es für expansive Sozialisten und Kommunisten ein gefundenes Fressen werden kann. Da es angeblich keine Bedrohung mehr gebe, strebt man die "Entmilitarisierung der Außenpolitik" an. Da kann der Skeptiker mit Brecht nur sagen: Die Verhältnisse sind leider nicht so. Aber so oder ähnlich geht es weiter im Programm der PDS. Es ist an der Zeit, die Auseinandersetzung offen und öffentlich aufzunehmen. Niemand soll irgendwann sagen können: Das alles habe er nicht gewußt.

15. "Auf zum besseren Scheitern"

Anlässlich einer Inszenierung des guten Menschen von Sezuan in der Volksbühne am Luxemburgplatz ließ man im Programmheft des Theaters eine Reihe von Experten zu Wort kommen. Gesprächspartner war u.a. Professor Ernst Schumacher von der Humboldt-Universität. Er brachte das Brecht'sche Stück in Verbindung mit der gegenwärtigen Diskussion über den gescheiterten Sozialismusversuch. Das Scheitern des Versuchs sei kein definitiver Beweis für die Wiederlegung der Richtigkeit, denn "es war ja erst der erste Anlauf in der Geschichte". Im Menschen stecke immerhin auch die Möglichkeit drin, die Gesellschaft zu vermenschlichen, statt sie zu barbarisieren auf dem höchsten Stand von Produktivkräften. Und wörtlich heißt es dann: "Das heute wieder, oder genauer gesagt, endlich in die Köpfe zu kriegen, ist nach dem fehlgeschlagenen Versuch des Sozialismus schwieriger als vor hundert Jahren. Aber das war doch nur ein erster Versuch, ganze siebzig Jahre hat er gedauert - der Kapitalismus brauchte hunderte von Jahren. Im Kern ist doch mit der Beseitigung des Sozialismus nichts, ist doch keines der menschlichen Probleme gelöst."²⁶) Nach dem gescheiterten Sozialismusversuch gibt man nicht auf. Die Suche nach dem dritten Weg bleibt. Der Name der PDS deutet die Richtung an. Der nächste Versuch soll sich mit dem "demokratischen" Sozialismus beschäftigen. Danach versucht man es vielleicht mit einem "echten" Sozialismus, wie es jetzt schon die MLPD (Marxistisch-leninistische Partei Deutschlands) verkündet. Jedenfalls will man nicht aufgeben. Dies wird sicher auch im Theater am Luxemburgplatz immer wieder zum Vorschein kommen. Dazu Schumacher wörtlich: "Scheiße, daß wir gescheitert sind, aber wir müssen versuchen, etwas aus dieser Scheiße zu machen, etwas Neues. Ich bin gegen den Satz von Tabori, den er von Becket abgeleitet hat: "Auf zum besseren Scheitern", ich bin dafür zu sagen: "Auf zum

besseren Gelingen". So wie Brecht über den Nationalsozialismus in Deutschland sagte, der Schoß sei fruchtbar noch, der dies gebar, gilt es entsprechend für den gescheiterten Sozialismus. Die PDS hält weitgehend an den alten Zielen der SED fest. Sie vertritt Vorstellungen über Staat und Gesellschaft, die Deutschland zugrunde richten würden. Dazu der Kommentator der FAZ: „Es ist höchst wahrscheinlich, daß das geschichtlich-moralische Skandalon der Kooperation von SPD und PDS in wenigen Jahren nur noch von einer Minderheit als solches empfunden wird. Ein politischer Irrweg bleibt sie gleichwohl. Die PDS ist eine Partei, die keine der Grundorientierungen der Bundesrepublik teilt. Sie sagt nein zur außen- und sicherheitspolitischen Westbindung. Sie sagt nein zu Europa. Sie sagt nein zur Sozialen Marktwirtschaft. Zum Parlamentarismus pflegt sie ein mehr taktisches und instrumentelles Verhältnis. □) Derjenige, der sie zum Koalitionspartner wählt, handelt nicht im wohlverstandenen Interesse unseres Landes. Um das Wort vom „anständigen“ Bürger aufzugreifen: Ein anständiger Bürger wählt weder die PDS noch diejenigen, die sie zum Koalitionspartner erwählen.

Die PDS selber weiß eines genau: Ohne Beteiligung an der Regierung - sei es in Ländern oder später im Bund - wäre diese Partei „zum Austrocknen verurteilt“. Diesen Prozeß haben wir an den Republikanern beobachten können: Die andauernde Isolation einer Partei zerstört sie. Insofern ist es die SPD, die durch ihre Annäherung die PDS lebendig erhält und damit einen Beitrag zur Spaltung Deutschlands leistet.

In Berlin haben amerikanische Soldaten und die der anderen Alliierten die Freiheit gegen ihre Feinde verteidigt, zu denen auch die SED zählte. Was muß ein amerikanischer Soldat heute empfinden, wenn nach dem Willen der SPD demnächst diejenigen, vor denen er Berlin schützen sollte, die Mauerbauer, in der Regierung sind?

Wenn hier nach dem Motto: Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört, ein Volksfrontbündnis zwischen SPD und PDS entsteht, dann ist es um Deutschlands Zukunft nicht gut bestellt. Die SED/PDS hat in Mitteldeutschland Ruinen hinterlassen. Auch der nächste Sozialismusversuch müßte in Ruinen enden. Wer das vermeiden will, muß wachsam sein. Noch immer ist Wachsamkeit der Preis der Freiheit.

Quellen-Nachweis:

- 1) Die Welt vom 27.4.1994
- 2) Neue Zeit vom 26.4.1994
- 3) Der Tagesspiegel vom 22.4.1994
- 4) Berliner Zeitung vom 27.4.1994
- 5) Patrick Moreau, Die PDS: eine postkommunistische Partei; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 5/92
- 6) Gregor Gysi, zitiert Manfred Wilke, Ist die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) noch eine kommunistische Partei? In: Politische Studien, Heft 314,41. Jg 1990
- 7) Armin Pfahl-Traughber, Wo steht die PDS? In: liberal, Heft 3/93
- 8) Patrick Moreau, a.a.O.S. 43
- 9) Programm der PDS (Beschlossen von der 1. Tagung des 3. Parteitages der PDS, 29. bis 31.1.1993)
- 10) Verfassungsschutzbericht des Bundes 1993
- 11) Was sich Linke selbst schuldig ist... UZ-Interview mit Lothar Bisky, in: Unsere Zeit vom 5.2.1993
- 12) Patrick Moreau, Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1/94 vom 7.1.1994 S. 24
- 13) Vgl. dazu Pfahl-Traughber a.a.O. S. 24f; Hasko Hüning, PDS-Systemopposition oder Reformpolitik? In: Deutschland Archiv, 22. Jg, November 1990, S. 1670 ff
- 14) Ingolstädter Manifest, Pressedienst der PDS vom 18.2.1994
- 15) Hessischer Rundfunk vom 18.12.1993, Tonbandabschrift
- 16) Armin Pfahl-Traughber a.a.O. S. 28
- 17) Idea Nr. 41/94 vom 13.4.1994
- 18) Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570
- 19) Ulla Jelpke im Bundestag am 13.4.1994, Stenographischer Bericht 12. Wahlperiode, 218 Sitzung, S. 18873
- 20) Armin Pfahl-Traughber a.a.O. S. 26
- 21) Berliner Morgenpost, 3.1.1994
- 22) Patrick Moreau, vgl. Fußnote 12
- 23) Vgl. dazu Heinrich Bortfeldt, Wahlaussichten der PDS, in: die politische Meinung, 38. Jg, Nr. 287, Okt. 93, Armin Pfahl-Traughber, a.a.O. S. 27
- 24) Wahlprogramm für die Bundestagswahl 94, Pressedienst der PDS Nr. 11/12 vom 25.3.94
- 25) Deutscher Bundestag, Drucksache 121/3055
- 26) Programmheft der Aufführung „Der gute Mensch von Sezuan“ der FVB
- 27) FAZ vom 2.3.99